

Kriegsgewinnler am Pranger

Friedensbewegung mobilisiert zu Protesten gegen Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall. Aufrüstung beschert Waffenhersteller Umsatzplus. **Von Markus Bernhardt**

Ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, findet in Berlin die Hauptversammlung der Aktionärinnen und Aktionäre des Rüstungskonzerns Rheinmetall statt. Diese dürften durchweg guter Dinge sein. Schließlich beschert die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung vieler Staaten dem deutschen Konzern immer höhere Gewinne. Allein im sogenannten Unternehmensbereich »Defence« erwirtschaftete der Konzern 2017 einen Umsatz von 3,036 Millionen Euro.

Es ist davon auszugehen, dass der Konzern auch in den kommenden Monaten weiterhin satte Gewinne machen wird. Aufgrund eines mehr als verdoppelten Auftragseingangs konnte »Rheinmetall Defence« in den ersten drei Monaten dieses Jahres »eine solide Grundlage für künftiges Umsatzwachstum legen«, teilte das Unternehmen am Freitag mit.

Das anhaltende Wachstum des Konzerns sorgt unterdessen nicht überall für Jubelstimmung. So mobilisieren Friedensinitiativen und Antifragruppen, Linkspartei und DKP für den heutigen Sonnabend zu einer Demonstration vor der Konzernzentrale in Düsseldorf. Für den 8. Mai sind auch in Berlin große Proteste geplant.

Im Rahmen der Aktionen soll auch der von »Ethecon – Stiftung Ethik und Ökonomie« im November 2017 an Rheinmetall verliehene Negativpreis, der »Internationale Black Planet Award«, übergeben werden.

Kritik kommt auch von der Linkspartei. Deren nordrhein-westfälische Landessprecherin Özlem Alev Demirel forderte in einer Presseaussendung am Freitag »alle friedliebenden Menschen« auf, sich an der Demonstration aus Anlass der Aktionärsversammlung am 8. Mai in Berlin zu beteiligen. »Es ist schon zynisch, dass sich die Aktionäre des größten Rüstungskonzerns Deutschlands ausgerechnet am Tag



Panzer für die Welt - Rheinmetall verkauft seine Erzeugnisse an Diktaturen, Kriegsverbrecher und autoritäre Regimes

der Befreiung vom Nationalsozialismus treffen, um ihre sprudelnden Gewinne zu feiern«, monierte Demirel. Rheinmetall verkaufte Waffen und vor allem Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in alle Welt. In letzter Zeit seien insbesondere die Exporte von Panzern nach Saudi-Arabien und in die Türkei in die Kritik geraten. »Die Türkei ist mit Leopard-Panzern und Munition von Rheinmetall in den Kanton Afrin in Syrien einmarschiert. Wir verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Krieg mit deutschen Waffen«, stellte die Linke-Politikerin klar.

Ähnlich äußerte sich auch die ehemalige Bundestagsabgeordnete und stellvertretende NRW-Landessprecherin Inge Höger am Freitag. »Schon seit Jahren fordert Die Linke ein Verbot von Rüstungsexporten insbesondere in den Nahen Osten. Mit deut-

lichen Waffen werden Kriege geführt und Menschen getötet. Mit deutschen Waffen lassen sich 73 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges scheinbar wieder Geschäfte und Gewinne machen«, kritisierte sie und erneuerte die Forderung ihrer Partei nach einem »umgehenden Stopp aller Waffenlieferungen«.

Aus Anlass der Veröffentlichung der vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) erstellten Statistik zu den weltweiten Rüstungsausgaben für das Jahr 2017 kritisierte die Linke-Bundestagabgeordnete Kathrin Vogler die immense Aufrüstung: »Für höhere Löhne soll kein Geld da sein, aber wenn die NATO ruft, steht Frau von der Leyen Gewehr bei Fuß. Wir sollten 20 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau

ausgeben.« Auch in der Bevölkerung stößt die zunehmende Militarisierung Deutschlands und der selbsternannten »westlichen Wertegemeinschaft« zunehmend auf Widerspruch. So haben bereits mehr als 40.000 Menschen den Aufruf »Abrüsten statt Aufrüsten« der Friedensbewegung unterzeichnet. Darin sprechen sie sich für ein Ende militärischer Aufrüstung, die Schaffung von Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit sowie eine Entspannungspolitik gegenüber Russland aus.

■ Demonstration am 5. Mai 2018, Beginn 11:30 Uhr, DGB-Haus Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Straße

■ Protestkundgebung vor der Rheinmetall-Hauptversammlung Dienstag, den 8. Mai 2018, ab 9.00 Uhr, gegenüber dem Maritim-Hotel, Stauffenbergstr. 26, 10785 Berlin

■ Hintergrund Black Planet Award für Rheinmetall

■ J/W dokumentiert Auszüge aus einem offenen Brief, den »Ethecon – Stiftung Ethik und Ökonomie« an den Vorstand von Rheinmetall gerichtet hat. Im November 2017 hatte die Stiftung entschieden, dem Rüstungskonzern den Negativpreis »Internationaler Ethecon Black Planet Award« zu verleihen. Dieser soll der Konzernführung in Düsseldorf am heutigen Sonnabend übergeben werden.

»Herr Papperger, Herr Grillo, Herr Fink, Herr Manduca, in erster Linie verantwortlich für Entscheidungen und Handeln des Rüstungskonzerns Rheinmetall (Deutschland) sind von allen Managern und Großaktionären des Konzerns vor allem Sie als Vorsitzender des Vorstands bzw. als Vorsitzender des Aufsichtsrats bzw. als Großaktionäre und Vorstandsvorsitzende von Blackrock Inc. und Prudential plc. (...)

Sie stehen in einer zunehmend auf den Profit als einzigem Kriterium jeglicher Entscheidung und Entwicklung ausgerichteten Welt als wenige Mächtige gegen die Interessen der Menschheit. (...)

Im militärischen Bereich, der in zynischer Weise als »Defence« (Verteidigung) bezeichnet wird, versteht sich der Konzern als »zuverlässiger Partner« für die Bundeswehr und die anderen NATO-Streitkräfte, die längst Offensiv- und Eroberungsarmeen sind. Darüber hinaus hat Rheinmetall in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Strategien entwickelt, um die nach Ansicht des Konzerns zu restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik zu umgehen. In wichtigen Ländern hat der Konzern deshalb Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen aufgebaut. Natürlich kann Rheinmetall von dort aus alle Krisenregionen der Welt, ungehindert von Exportregulierungen oder gar -verboten, besser beliefern.«

■ Informationen: ethecon.org

»Wir erleben Abbau des Rechtsstaates«

Rüstungskonzerne profitieren auch von der Aufrüstung der Polizei im Inland. **Gespräch mit Thomas Zmrzly**

Am heutigen Sonnabend findet in Düsseldorf eine Demonstration gegen den Rüstungskonzern Rheinmetall statt. Diese steht unter dem Motto »Rüstungsexporte stoppen – Rheinmetall entwaffnen«. Wie bewerten Sie die geplanten Proteste?

Ich finde es sehr begrüßenswert, dass sich die politische Linke endlich wieder einem ihrer originären Themen – nämlich dem Kampf für Frieden und Abrüstung – widmet und zugleich aus eigener Initiative tätig wird. In der Vergangenheit ist es nur selten gelungen, friedenspolitisch in die Offensive zu kommen. Der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg wurde zu stiefmütterlich behandelt und maßgeblich vom betagteren Teil der Friedensbewegung geführt. Insofern ist es durchaus positiv, dass nunmehr auch radikale und jüngere Linke zu den Protesten gegen Rheinmetall aufrufen.



Thomas Zmrzly ist Sprecher des »Duisburger Netzwerks gegen Rechts« <http://netzwerk-gegen-rechts.org>

Rheinmetall verdient nicht nur an Waffenexporten ins Ausland, sondern stellt zudem Kriegsgüter her, welches auch im Inland eingesetzt wird. Müsste der Konzern nicht alleine deshalb verstärkt ins Visier genommen werden?

Natürlich. Ich glaube jedoch, dass diesbezüglich noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Mehrere deutsche Bundesländer haben bereits den sogenannten »Survivor« geordert, der von

der österreichischen Firma Achleitner, aber auch von Rheinmetall hergestellt wird. Dabei handelt es sich um ein gepanzertes und mit schweren Schusswaffen ausgerüstetes Einsatzfahrzeug.

Rheinmetall wirbt etwa damit, dass der »Survivor« auf Wunsch auch speziell an Anforderungen von Polizeikräften angepasst werden kann, etwa durch Abschussanlagen für Tränengas. Das Kampffahrzeug war bei den Protesten gegen den G-20-Gipfel im vergangenen Jahr in Hamburg bereits im Einsatz.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Militarisierung der Innenpolitik und dem Abbau von Grund- und Freiheitsrechten?

Beides geht miteinander einher. Aktuell werden in Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen die Polizeigesetze massiv verschärft. Begründet wird dies wie üblich mit dem sogenannten Kampf gegen Terror. In der Realität sind die geplanten Ver-

schärfungen, die sich angeblich gegen sogenannte Gefährder richten sollen, aber durchweg geeignet, auch gegen Linke eingesetzt zu werden. Was wir aktuell erleben, sind ein rasanter Abbau des Rechtsstaates und der Grund- und Freiheitsrechte sowie eine krasse Aufrüstung der Polizei. Man darf ja nicht vergessen, dass mit dem bereits erwähnten »Survivor« Kriegsgüter im Inland eingesetzt wird. Zudem verfügen die Polizeibehörden ja bereits über ein erhebliches Arsenal an Kampfmitteln. Diese reichen von Räumpanzern und Wasserwerfern bis hin zu Schlagstöcken, Pfefferspray und Strompistolen wie den sogenannten Tasern.

Insofern finde ich es einerseits richtig, die Waffenexporte der Rüstungsindustrie offensiv zu kritisieren. Zugleich darf das gefährliche Treiben dieser Unternehmen im Inland jedoch auch nicht außer acht gelassen werden. Am erfolgreichsten dürften die Proteste werden, wenn sich radikale

Linke, Friedensbewegung und Bürgerrechtler zusammenfinden und gemeinsam gegen Krieg und Militarisierung auf die Straße gehen. Man darf den Kriegs- und Aufrüstungsgewinnlern in den Konzernzentralen keine Ruhe lassen. An ihren Händen klebt Blut. Eine klare Positionierung erwarte ich in diesem Zusammenhang auch von den zuständigen Gewerkschaften. Keine Arbeiterin und kein Arbeiter ist gezwungen, Waffen herzustellen, die soviel Leid, Tod und Vertreibung über die Menschheit bringen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rüstungskonzerne dürften jedoch einwenden, dass sie auch auf ein Auskommen angewiesen sind.

Das sollen sie auch haben. Man kann jedoch auch in anderen metallverarbeitenden oder technischen Betrieben arbeiten und muss durch seine Arbeitskraft keine Kriege unterstützen.

Interview: Markus Bernhardt